



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Andreas Winhart, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Klimaideologie stoppen IV – Für eine Trendwende in der Klimapolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für einen Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen einzusetzen und nach dem Ausstieg die Rückabwicklung des EU-Emissionsrechtehandels zu veranlassen.

Begründung:

Die Pariser Klimavereinbarung, die als unverbindliche Absichtserklärung ohne Sanktionen eine Verschiebung von Geldmitteln der hochindustrialisierten Länder hin zu unterentwickelten Ländern vorsieht, setzt einen Umverteilungsmechanismus in Gang, der gerade in Krisenzeiten nicht hinnehmbar ist. Die Grundlage für eine krisenfeste Wirtschaftsunion muss solidarisch geregelt werden und darf nicht zulasten Einzelner gehen. Der Handel mit CO₂-Zertifikaten ist einzustellen, denn er bewirkt nur einen weiteren Anstieg der Energiepreise, welche einen hochindustrialisierten Staat wie Deutschland mit besonderer Härte treffen.

Mit Verabschiedung des Kyoto-Protokolls und der anschließenden Vereinbarung des Pariser Klimaabkommens begann eine beispiellose Überbürokratisierung und eine Serie starker politischer Eingriffe in die Wirtschaft. Insbesondere die bayerische Wirtschaft als Hochindustrieökonomie wird hierdurch im Vergleich zu anderen Regionen der EU überverhältnismäßig stark betroffen.

Gerade in Zeiten einer sich anbahnenden beispiellosen Wirtschaftsdepression, die durch die Coronakrise eingeleitet wurde, stellt ideologischer Klimaschutz eine unzumutbare zusätzliche Belastung für die heimische Wirtschaft dar. Besonders problematisch ist hierbei, dass die Krise durch eine seit Jahren fehlgeleitete EU-Politik in ihren Folgen noch viel schärfer zu Tage tritt, als das mit einer von der Politik flankierten robusten Wirtschafts-, Energie-, und Finanzpolitik der Fall gewesen wäre.

Um diesen drastischen Einbrüchen spürbar entgegenzuwirken, die Wirtschaft zu stabilisieren, Arbeitsplätze zu sichern und die Ökonomie langfristig wieder auf Wachstumskurs zu bringen, ist ein grundsätzliches Umdenken im Bereich Klimapolitik notwendig. Eine klimaneutrale Transformation der gesamten Wirtschaft ist utopisch und derzeit technisch nicht möglich. Die Maßnahmen, die hierzu eingeleitet wurden, bestrafen die heimische Wirtschaft massiv. Ein gesunder Föderalismus bildet die Grundlage hierfür. Entscheidungskompetenzen müssen wieder auf nationale Ebene transferiert werden, damit die von der Coronakrise betroffenen Mitgliedsstaaten eigene, von der EU unabhängige Entscheidungen zur Stärkung ihrer Wirtschaftskraft treffen können.